Ressort: Politik

Bericht: Kabinett will Weg für Portoerhöhung frei machen

Berlin, 10.03.2019, 16:11 Uhr

GDN - Der Weg für die geplante drastische Erhöhung des Briefportos ist offenbar bald frei. Das Bundeskabinett wolle am Mittwoch dafür eine neue "Post-Entgeltregulierungsverordnung" verabschieden, berichtet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (Montagsausgabe).

Änderungen an dem vom Bundeswirtschaftsministerium unter Peter Altmaier (CDU) vorbereiteten Entwurf habe es in der Ressortabstimmung nicht mehr gegeben, schreibt die Zeitung. Die Neuregelung zwinge die Bundesnetzagentur, der Post einen sehr viel größeren Preiserhöhungsspielraum zu gewähren. In der Branche rechne man weiterhin damit, dass das Porto für den Standardbrief von 70 in Richtung 85 oder gar 90 Cent steigen könne. Wie stark die Post die Preise erhöhen darf und ob dies auf einen Schlag oder in Stufen erfolgt, wird sich aber erst in den kommenden Wochen entscheiden. Die Netzagentur muss im nächsten Schritt einen Prozentsatz festlegen, um den die Post die regulierten Briefpreise im Durchschnitt anheben darf. Danach entscheidet die Post, wie sie diese Manövriermasse auf die einzelnen Produkte wie Standardbrief, Postkarte, Kompaktbrief oder Auslandssendungen aufteilt. In Kraft treten werden die neuen Preise voraussichtlich erst im Sommer.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-121335/bericht-kabinett-will-weg-fuer-portoerhoehung-frei-machen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619